

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Verleger: Carl Neubauer.
Für den Verlag: Carl Neubauer.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marianenstr. 38/40.
Verlag von Leopold Kiehl in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. 9. 24 bei Halbjährl. 1,50 Goldmark. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen-Preise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die Spalten 30 mm br., Zeile 30 Z., ausser 35 A. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Vorbezugpreis 1 Monat 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. Einmalige Anzeigen 10 Pfg. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die Spalten 30 mm br., Zeile 30 Z., ausser 35 A. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Vorbezugpreis 1 Monat 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. Einmalige Anzeigen 10 Pfg. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die Spalten 30 mm br., Zeile 30 Z., ausser 35 A. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Vorbezugpreis 1 Monat 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. Einmalige Anzeigen 10 Pfg.

Saatgetreide ♦ Saatkartoffeln

Original- und anerkannte Nachbauten

Landessaatbauverein für Sachsen

rechtsfähiger Verein kraft staatlicher Verleihung
beim **Landeskulturrat, Dresden-A. 24**
Fernspr. 42547 u. 43247 Winkelmannstr. 4 (am Hauptbahnhof)

Bereitschaft zum Völkerbundsbeitritt.

Vorläufige Zurückstellung des Beitrittsgefuchs bis zum Vorliegen von Garantien.

Eine Debatte Marg-Stresemann im Reichskabinett. — Grobe Verfehlungen des thüringischen Staatsbankpräsidenten Loeb.

Deutschland will in den Völkerbund!

Die amtliche Erklärung über das Ergebnis des Kabinettsrats besagt, daß nach einmütiger Auffassung der Mitglieder der Regierung der Antrag auf Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gestellt werden soll, sobald durch Verhandlungen mit den Mächten abschließend festgestellt ist, daß die notwendigen Garantien für die deutsche Gleichberechtigung und für die Behandlung und Erledigung „bestimmter anderer hiermit im Zusammenhang stehender Fragen“ gegeben sind. Damit hat das Reich die deutsche Teilnahme an der „Liga der Nationen“ zunächst einmal ein Ende gefunden, und zwar dadurch, daß die „grundsätzliche“ deutsche Bereitwilligkeit offiziell erklärt worden ist. Nun handelt es sich um die weitere sehr wichtige und zuletzt ausschlaggebende Frage, ob die Entente auch die Voraussetzungen erfüllen wird, von denen ein solcher Schritt Deutschlands im Interesse seiner nationalen Ehre und Würde unbedingt abhängig gemacht werden muß. Es ist daher die oberste Pflicht der nationalen öffentlichen Meinung und der sie vertretenden Organe, in der Zwischenzeit bis zur Stellung des deutschen Antrags scharf, klar und deutlich die Bedingungen zu betonen und herauszumerkeln, von denen keine deutsche Regierung abgehen darf, ohne der deutschen Gleichberechtigung etwas zu vergeben und eine gedeihliche Lösung der „bestimmten anderen Fragen“, zu denen vor allem die Kriegsschuldfrage gehört, zu verhindern.

Leider ist bereits das Präliminar in Genf derartig gemessen, daß dadurch allein schon eine starke Schwächung der deutschen Stellung herbeigeführt wurde. Der sozialistische Massenstrom in Genf bot ein Bild der vollendeten nationalen Würdelosigkeit, indem diese Herrschaften unausgesetzt in der ausländischen Presse verkündeten, daß Deutschland ohne den Völkerbund überhaupt nicht mehr leben könne und daß diese Erkenntnis alle Widerstände wie Butter in der Sonne hinwegzuschmelzen beginne. Eine derartige übertriebene Eile ist sonar einleuchtend. Die deutschen Kreise sind in der Sache gefaßt. So schreibt z. B. das demokratische „Berl. Tagebl.“: „Es war doch wohl richtig, nicht gleich mit blindem Eifer loszuschlagen, sondern erst ein bisschen nachzusehen, ob nicht irgendwo ein Stein mitten im Wege liegt.“ Einen solchen recht beträchtlichen Stein findet dann auch das selbe Blatt gleich selbst heraus, und zwar in den Artikeln 16 und 17 des Völkerbundsstatuts, die jedes Mitglied zur militärischen Hilfeleistung gegen einen Kriegsförderer und zur Fuldung des Truppendurchmarsches verpflichtet. Dadurch würde, wie das genannte Blatt zutreffend bemerkt, Deutschland in die Gefahr geraten, zum allmählichen Kriegsschauplatz zu werden, und deshalb müßten diese beiden Artikel in dem deutschen Völkerbundsstatut geschrieben werden.

Auch sonst sind vom nationalen Standpunkt aus noch mancherlei kritische Bedenken zu erheben und verschiedene Gewissensfragen zu stellen. In erster Linie fällt ins Gewicht, daß die Verpflichtung unterer Passivität, der „Welt von Baden“ herrsche jetzt im Völkerbund und verbürge eine gleichberechtigte Behandlung Deutschlands, keineswegs den Tatsachen entspricht. Gerade die jetzige Genfer Tagung hat auf neue Weise bewiesen, insbesondere durch die misachtende Zurückweisung der deutschen Beschwerden in der Saarfrage, daß der Einfluß Frankreichs noch immer den Ausschlag gibt. Das bedeutet aber nicht mehr und nicht weniger, als die fortwährende Herrschaft der Pariser Auffassung, wonach der Völkerbundsstatut ein wesentlicher Bestandteil des Versailler Vertrags ist, so daß sich Deutschland durch die Unterschrift des Völkerbundsvertrags niemals freiwillig auf das Versailler Gewaltakt und damit auch auf die Kriegsschuldfrage festlegen würde.

Ein ganz böser Punkt ist ferner die Militärkontrolle. Dadurch, daß Deutschland nicht berechtigt sein soll, in der Völkerbundscommission, welche die Kontrolle ausübt, mitzuratet und zu taten, wird es in die zweite Klasse der Nationen verwiesen. Es ist bezeichnend, daß die Londoner Regierung sich nicht dazu herbeigelassen hat, nach dieser Richtung hinende Zusicherungen zu erteilen, mit denen sich Deutschland zufrieden geben könnte. Mit Stolz und Stimm im Völkerbundsstatut allein ist die deutsche Gleichberechtigung noch lange nicht genügend gewahrt. Und dann noch der Art. 10, der die Mitglieder verpflichtet, den durch den Versailler Vertrag begründeten territorialen Besitzstand anzuerkennen und zu gewährleisten! Selbst wenn man von Essig-Vor-

ringen absieht, so erhebt sich die beklemmende Frage, ob eine nationale deutsche Regierung es verantworten kann, den oberflächlichen Gebietsraub und den polnischen Korridor, die beide in unser Lebensmark einschneiden, in solcher Weise förmlich und feierlich zu verewigen. Die Fragen stellen heißt sie verneinen.

Wenn also irgendwo in unserer auswärtigen Politik der Satz gilt: „Alle mit Welle!“, so ist das hier der Fall. Die Schädigung unseres Ansehens und unserer Interessen, die unsere Passivität und Sozialisten durch ihr aufdringliches Gebahren gegenüber der Entente und durch ihre laienhafte Eilefertigkeit bewirkt haben, kann nur, soweit es überhaupt möglich ist, wieder gutgemacht werden, wenn die Reichsregierung sich bei der weiteren Verfolgung der Sache einer selbstbewußten Zurückhaltung befleißigt und nichts über das Anrecht. Bedenken wir der Worte Dr. Stresemanns, die er an Herrriot richtete: „Herr Herrriot hat soeben noch den Versailler

Vertrag einen Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit genannt. Wenn dieser Ausdruck als Motto über die Worte gesetzt wird, durch die Deutschland in den Völkerbund eintritt, so wird das nicht als eine Geste der Einladung, sondern als eine solche der Abschreckung wirken.“ In Paris herrscht aber diese Auffassung noch immer; der Beweis des Gegenteils ist noch durch keine Tatsache erbracht worden. Es wird also nun alles darauf ankommen, daß die Reichsregierung unbeugsam auf ihrem kundgegebenen Entschlusse beharrt, den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund nur dann zu stellen, wenn wirklich genügende Garantien für die volle deutsche Gleichberechtigung gegeben sind. Die Art, wie sie diese Bedingung erfüllt, wird ein Maßstab für den nationalen Gehalt der Regierung und für ihre größere oder geringere Abhängigkeit von der pazifistisch-sozialistischen Nebenregierung sein, die das jegliche Weiterkommen um die Gunst der Entente in der Völkerbundsfrage in Szene gesetzt hat.

Das Ergebnis des Kabinettsrats.

Der amtliche Bericht.

Berlin, 23. Sept. Das offizielle B. T. V. berichtet: Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten wurde heute ein Ministerat abgehalten. Nach eingehender Erörterung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ergab sich Einmütigkeit darüber, daß die Reichsregierung den alsbaldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anstrebt.

Es geht dabei von der Erwägung aus, daß die vom Völkerbund behandelten Fragen, insbesondere die des Schutzes der Minderheiten, der Regelung der Verhältnisse des Saargebietes, die Frage der allgemeinen Abrüstungskontrolle, sowie die ihrer Lösung harrende arde Frage der Sicherung friedlichen Zusammenarbeitens der Völker nur unter Mitwirkung Deutschlands in befriedigender Weise geregelt werden können. Selbstverständlich kann Deutschlands Mitwirkung nur die einer gleichberechtigten Hauptmacht sein. Nachdem die auf der Londoner Konferenz erzielte Lösung der Reparationsfrage nach Auffassung der hauptsächlich beteiligten Mächte den Weg zu einer aktiven Behandlung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund für die Reichsregierung eröffnete, sind im Anschluß an die Konferenzverhandlungen Preisparungen in diesem Sinne anzunehmen worden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen bildet eine wesentliche Grundlage für die heutige Entscheidung der Reichsregierung. In Ausführung dieser Entscheidung wird die Reichsregierung durch das Auswärtige Amt bei den im Völkerbundsstatut vertretenen Mächten abschließend feststellen, ob die für die Stellung des deutschen Antrages erforderlichen Garantien, die sich sowohl auf Deutschlands Stellung im Völkerbund wie auch auf bestimmte andere hiermit untrennbar zusammenhängende Fragen beziehen, gewährleistet sind. (B. T. V.)

Ein deutscher Kommentar.

Berlin, 23. Sept. Zu der heutigen Entscheidung des Reichskabinetts in der Frage des deutschen Beitritts zum Völkerbund wird von autoritativer Seite noch mitgeteilt, daß der Beschluß der Reichsregierung das Ergebnis einer sehr einmütigen Debatte war, die sich im wesentlichen zwischen dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Reichsaußenminister Dr. Brüning abspielte. Der Reichskanzler habe dabei mit den Mitteilungen argumentiert, die er von Herrriot erhalten habe. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann machte seine Darlegungen auf Grund der Anfragen, die er an authentische englische Stellen gerichtet hatte. Das Kabinett sei auf Grund dieser Aussprache zu einer Entscheidung gekommen, durch die der notwendige Antrag Deutschlands in den Völkerbund um Aufnahme zwar vorbereitet wird, aber noch nicht sofort erfolgt. Die Reichsregierung sei sich darüber klar geworden, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfolgen müsse, daß aber jeder Ueberreifer vermieden werden müsse. Deutschland müsse die unbedingte Gewissheit haben, im Völkerbunde nicht nur eine gleichberechtigte Macht zu sein, sondern auch einen Sitz im Völkerbundsrate zu erhalten, da der Völkerbundsstatut ja die eigentlich maßgebende Zentralorganisations des Völkerbunds sei, innerhalb deren die maßgebenden Beschlüsse gefaßt werden. Schon die Mission Daniels lasse erkennen, daß ein großer Teil der Mitgliedsstaaten des Völkerbunds diesen Wünschen Deutschlands anscheinend Rechnung tragen wollen. Man dürfe als ganz sicher annehmen, daß Ransen in unmittelbarer Uebereinstimmung mit Lord Parmoor und den führenden ematischen Völkerbundsdelegierten abhandelt haben.

Ueber die englische Antwort

auf die Reihe von Fragen, die von der deutschen Regierung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nach London gerichtet wurden, heißt es, daß die englische Note im diplomatischen Sinne gehalten sei. England erkläre sich nur bereit, daß für einzuweisen, daß Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat erhalte, verweigere aber jede feste Zusicherung, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbunds dann auch in der Militärkontrolle gleichberechtigt mitwirke. Mit dieser Forderung geht und fällt aber die Bedeutung des Völkerbundes für Deutschland. Der deutsche Standpunkt ist bekanntlich der, daß Deutschland sein Mandat im Völkerbundsstatut nur mit denselben Rechten ausführen will, wie jede andere Großmacht. Auch bezüglich der übrigen deutschen Forderungen stellt England nur wohlwollende Prüfung in Aussicht, ohne positive Zusicherungen zu geben.

Es sei aber wahrscheinlich, so wird in der englischen Antwort noch angegeben, daß im Frühjahr e eine außerordentliche Session des Völkerbundes einberufen werde, die neben anderen wichtigen Fragen auch über die Aufnahme Deutschlands beschließen solle.

Die amtliche Verlautbarung läßt die entscheidende Frage, ob ein diplomatischer Schritt beim Völkerbund unternommen werden soll oder nicht, noch in der Schwebe. Wenn auch der Wortlaut der englischen Antwort auf die deutsche Anfrage über die Vorbedingungen unseres Eintritts in den Völkerbund nicht befriedigend ist, so steht doch so viel fest, daß die Garantien für eine angemessene Behandlung Deutschlands im Völkerbund bis jetzt noch nicht ausreichend sind.

Die englische Regierung ist durch ihre schwache innerpolitische Lage zu starken Rücksichten auf die Opposition gezwungen. Auf der anderen Seite scheint auch die französische Regierung nicht bereit zu sein, einer Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund unter der Bedingung voller Gleichberechtigung zuzustimmen. Nicht einmal der Sitz im Völkerbundsrat ist gewährleistet. Man bezeichnet diesen Anspruch Deutschlands als Forderung einer Sonderbehandlung, die nach den Satzungen des Völkerbundes nicht zulässig sei, und verlangt ganz, daß die vier Großmächte, die jetzt im Völkerbundsrate sitzen, diese Sonderstellung als eine Selbstverständlichkeit für sich von Anfang an beansprucht haben.

Ueber eine befriedigende Regelung der Kontroll- und Abrüstungsfrage verläutet ebenfalls nichts. Aus dieser Lage ergibt sich ohne weiteres, daß die Reichsregierung die endgültige Stellungnahme zur Frage unseres Eintritts in den Völkerbund vorläufig vertagen muß. England und Frankreich haben es in der Hand, jederzeit die Bedingungen zu schaffen, die es Deutschland ermöglichen, seine Mitarbeit an ihrer Seite zur Verfügung zu stellen. Ueber eine Stellungnahme der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage verläutet vorläufig noch nichts. In Kreisen der Deutschen Volkspartei tritt man dafür ein, daß Deutschland grundsätzlich seine Bereitwilligkeit, in den Völkerbund hineinzugehen, erklären sollte, wenn gewisse Vorbedingungen von Seiten der Entente erfüllt wären.

Rücktritt D'Abnons.

Berlin, 23. Sept. Wie es heißt, hat der englische Botschafter in Berlin Lord D'Abnons seine schon seit längerer Zeit bestehende Absicht, von seinem Posten in Berlin zurückzutreten, durch Einreichung seines Abschieds an den durchgeföhrt. Das Rücktrittsdatum soll von Macdonald bestimmt angenommen worden sein, doch soll der Botschafter bis zur Ernennung seines Nachfolgers in Berlin verbleiben.